



Pressemitteilung vom 28.11.2013

Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU: Befeuerung rassistischer Ressentiments und Festschreibung von Diskriminierung

Der von SPD und CDU/CSU ausgehandelte Koalitionsvertrag ist eine herbe Enttäuschung für alle, die sich gegen rassistische Diskriminierung, besonders von Rom_nja, engagieren oder selbst davon betroffen sind. „Wir sind fassungslos angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der hier rassistische Stereotype und Ressentiments reproduziert werden, bei offensichtlich völliger Unkenntnis der Sachlage,“ so Merdjan Jakupov, Vorsitzender von Amaro Foro e.V.

Dies fängt mit der Verwendung des Begriffs **Armutswanderung** (S. 108) an: Das Vorhandensein einer solchen Wanderung in statistisch signifikantem Umfang ist nicht nachgewiesen, der Begriff leistet nichts außer der Schürung von Ängsten vor einer angeblichen Invasion der sozial Schwachen. Im folgenden fällt immer wieder das Stichwort der **Einwanderung in die Sozialsysteme** (in unterschiedlicher Formulierung), die als ungerechtfertigt bezeichnet wird. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Darstellung weder der behördlichen und juristischen Praxis in Deutschland noch der Lebensrealität der so diffamierten Menschen entspricht. EU-Bürger_innen haben das Recht, frei zu wählen, in welchem EU-Land sie leben wollen, und dort die landesübliche Grundsicherung zu erhalten. Die angekündigten **befristeten Wiedereinreiseperrn** sind europarechtlich absurd.

Im Bereich der Asylpolitik begrüßen wir zwar die neue **Bleiberechtsregelung**. Wir sind jedoch entsetzt von dem Vorhaben, Serbien, Bosnien, Herzegowina und Mazedonien als **sichere Herkunftsstaaten** einzustufen. In diesen Ländern ist die rassistische Diskriminierung von Angehörigen der Rom_nja so umfassend, dass inzwischen die meisten Fachleute davon ausgehen, dass asylrechtlich gesehen von einer politischen Verfolgung gesprochen werden kann. Außerdem sollen die Möglichkeiten zur **Ausweisung von Menschen** bzw. zur Durchführung der Ausweisung verbessert werden – das bedeutet eine Zunahme von Abschiebungen und eine noch härtere Gangart bei deren Vollzug. Uns war bisher nicht klar, dass es hier überhaupt Spielraum für eine



noch härtere Durchsetzung gibt – es ist bereits gängige Praxis, dass Familien auseinandergerissen, Schwerkranke deportiert und Kinder aus dem Ferienlager heraus abgeschoben werden.

Sowohl beim Thema der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien als auch beim Asylrecht fällt im Koalitionsvertrag keine einziges Mal das Wort „Roma“, nichtsdestotrotz ist inzwischen vermutlich jedem Leser völlig klar, wer gemeint ist. Bundesinnenminister Friedrichs Hetztiraden gegen Rom_nja sind uns allen noch gut in Erinnerung. Er greift stets gerne auf tief verwurzelte rassistische Vorurteile der deutschen Mehrheitsgesellschaft zurück. Unermüdlich haben Rom_nja-Selbstorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Akteure darauf hingewiesen, wie wenig sachkundig Friedrichs Beiträge zur Debatte sind. Wir empfinden es als tiefe Enttäuschung, dass genau diese Art von rassistischer Propaganda jetzt so nachhaltigen Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden hat.

Kontakt: presse@amaroforo.de